

**13.06.1959** – Vor 55 Jahren begannen die ersten Arbeiterfestspiele der DDR im Bezirk Halle, die von 10.000 Laien- und 5000 Berufskünstlern gestaltet wurden (bis 21.06.1959)

**14.06.1969** – Vor 45 Jahren begann in Helsinki ein Weltkongress der Frauen mit fast 500 Teilnehmerinnen aus 30 Ländern (bis 17.06.1969)

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

11. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

11. Juni 2014

## Unsere neue Stadtratsfraktion



Dr. Meerheim, Bodo



Nagel, Elisabeth



Lange, Hendrik



Dr. Bartsch, Erwin



Haupt, Ute



Jahn, Josephine



Müller, Katja



Kieslich, Marcel



Knöchel, Swen



Krimmling-Schöffler, Anja



Krischok, Marion



Plath, Manuela



Schramm, Rudenz



Trömel, René

## Deutschland stabil – Rechtsruck in Europa

*In gewohnt nüchternen Weise analysiert Horst Kahrs, vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Ergebnisse der Europawahl, die hier auszugsweise abgedruckt sind. Die vollständige Analyse mit einem umfangreichen Tabellenteil ist auf der Homepage der Stiftung zu finden.*

Bundesweit			
	2009	2014	
Wahlberechtigte	62.222.873	62.004.092	-218.781
Wähler	26.923.614	29.836.914	2.913.300
Wahlbeteiligung	43,3%	48,1%	4,80%
Stimmen DIE LINKE	1.969.239	2.167.641	198.402
Stimmenanteil	7,50%	7,40%	-0,1%

Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Staaten der Europäischen Union wählten vom 22. bis 25. Mai 2014 das 8. Europäische Parlament. Dieser Wahlnachtbericht befasst sich vorrangig mit den Wahlergebnissen in Deutschland.

Aufgrund des Wegfalls der Sperrklausel werden aus Deutschland künftig Vertreter\_innen von 14 Parteien im Europaparlament vertreten sein. Bei der Europawahl 2014 haben die Parteien der deutschen Regierungskoalition gegenüber der EPW 2009 vier Prozentpunkte hinzugewonnen. Dabei haben sich allerdings die Stärkeverhältnisse verändert: Die SPD gewinnt 6,5%-Punkte hinzu, die CDU bleibt mit -0,6% weitgehend stabil, während die bayerische Regionalpartei CSU deutlich verliert - fast 2% und als einzige der drei regierenden Parteien auch absolute Stimmen (-330.000). Aus Sicht der Union kann formuliert werden: Mit Angela Merkel kann man Wahlen bestehen, mit Horst Seehofer nicht. Die Europawahl war im bayerischen Freistaat eine günstige Gelegenheit für einen Denkzettel an die Christsozialen -

im Rest der Republik gab es hingegen kein Bedürfnis für eine echte Denkzettelwahl. Die Stärke der Regierungsparteien ist vor allem auf die weit überwiegende Wahrnehmung in der Bevölkerung zurückzuführen, dass die allgemeine und auch die persönliche wirtschaftliche Lage gut sind.

Weiter spielte eine Rolle, dass für die Wahlentscheidung die Politik in Deutschland wichtiger war als die Europapolitik. Der Wahlkampf der beiden Parteien war auf die Rolle Deutschlands in der EU und auf die Vorteile von EU und Euro für die wirtschaftliche Situation in Deutschland zugeschnitten. Die im Vorfeld der Europawahl von der Regierung und der übergroßen Mehrheit der Großen Koalition im Bundestag verabschiedeten Beschlüsse und Gesetze, darunter vor allem

der Mindestlohn, die Rentengesetze u.a., verstärkten die positive innenpolitische Wahrnehmung und signalisierten vor allem eine Rückkehr zu sozialdemokratischer Politik.

Letzteres mag vor allem den Wahlerfolg der SPD erklären, die allerdings immer noch deutlich hinter der Union und unter 30% liegt. Wenn der SPD-Parteivorsitzende Gabriel und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag Oppermann darauf verweisen, dass bei noch keiner Wahl die SPD so stark zugelegt habe, verzichten beide freilich auf den Hinweis, dass die SPD bei den vergangenen bundesweiten Wahlen erdrutschartige Verluste auf historisch niedriges Niveau hinzunehmen hatte. Schlechter konnte es folglich nur noch im unwahrscheinlichen Falle werden. Am Ende des Wahlkampfes setzte zudem auch die SPD offen auf die deutsche, nationalstaatliche Karte, in dem sie mit Martin Schulz als Kandidat »aus Deutschland« für Europa warb.

Die Grünen verlieren als bundespolitische Oppositionspartei 55.000 Stimmen und Anteile von

Sachsen-Anhalt			
	2009	2014	
Wahlberechtigte	2.035.415	1.916.873	-118.542
Wähler	769.490	824.786	55.296
Wahlbeteiligung	37,8%	43,0%	5,20%
Stimmen DIE LINKE	173.385	174.126	741
Stimmenanteil	23,60%	21,80%	-1,8%

Halle			
	2009	2014	
Wahlberechtigte	193.951	190.680	-3.271
Wähler	72.781	77.520	4.739
Wahlbeteiligung	37,5%	40,7%	3,20%
Stimmen DIE LINKE	18.437	18.363	-74
Stimmenanteil	26,0%	24,14%	-1,9%

1,4%-Punkten, schnitten aber prozentual deutlich besser ab als bei der vergangenen Bundestagswahl. DIE LINKE behauptete sich in etwa auf dem Niveau der Wahl 2009 bei einem Plus von rund 200.000 Stimmen. Sie blieb damit allerdings unter ihrem Bundestagswahlergebnis und verliert aufgrund des Wegfalls der Sperrklausel einen Sitz im Europaparlament.

Die Wahlergebnisse zeigen ein differenziertes Bild auf Länderebene für die Partei, wobei eine eindeutige Ost-West-Unterscheidung nicht möglich ist. In Brandenburg etwa gewinnt die Partei absolute Stimmen hinzu, verliert aber aufgrund der weitaus stärker gestiegenen Wahlbeteiligung 6,1%-Punkte. In Ländern wie Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg verbessert sie sich absolut und relativ deutlich, schöpft aber ihr Potential der Bundestagswahl mit am schlechtesten aus.

Insgesamt gilt: Die Stammwähler/-innen der Linken konnten im Vergleich zur EP-Wahl 2009 gut mobilisiert werden, doch von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierte die Partei, gesamtdeutsch betrachtet, nicht.

Die Themenwahl der Linkspartei war auf die Kernwählerschaft zugeschnitten – Umverteilung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und humane Flüchtlingspolitik standen im Vordergrund. »Europa« spielte in

der Wahlkampagne eher eine Nebenrolle. Das Ziel der Wahlstrategie, den „nach der Regierungsbildung enttäuschten Teil der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler der Bundestagswahl für die Wahl der LINKEN zu interessieren“, konnte die Partei nicht erreichen. Im Gegenteil – es scheint, als ob es der SPD in der aktuellen Regierungsbeteiligung besser als in der ersten Großen Koalition unter der Führung Merkels gelingt, die sozialdemokratische Wähler/-innenschaft zusammenzuhalten und durch Regierungsentscheidungen für die Wahl der SPD zu motivieren.

Die bisherige linke Faustformel »Regiert die SPD – gewinnt DIE LINKE« hat nicht mehr unmittelbare Gültigkeit. Vielmehr wächst das Erfordernis für die Linkspartei, sich neuen Themen und neuen Wähler/-innenschichten glaubwürdig und ernsthaft zu öffnen – ohne dabei Einbußen bei der bisherigen Kernwählerschaft hinnehmen zu müssen.

Nichtsdestotrotz zeigt sich die Partei bei der EPW 2014 in einer stabilen Verfassung. Ins Stolpern zu geraten droht sie offensichtlich derzeit nur dann, wenn sie sich selbst ein Bein stellt.

Nach der Bundestagswahl unterstreicht diese EP-Wahl, dass die Bäume für DIE LINKE in Deutschland nicht in den Himmel wachsen.

Auch wenn sie in dem ein oder anderen ostdeutschen Bundesland bei Landtagswahlen – oder auch bei Kommunalwahlen – die Fähigkeit behält, stärkste Partei zu werden oder zumindest stärkste Partei in einer potentiellen Regierungskoalition, so bleibt sie bei bundesweiten Wahlen das, was Politikwissenschaftler eine »kleine Partei« nennen. »Kleine Parteien« in diesem Sinne vermögen dauerhaft Ergebnisse von um die zehn Prozent zu erzielen, werden aber immer auf größere Partner angewiesen sein, wenn sie Mehrheiten bilden wollen. Sind sie mit ihren Themen erfolgreich, so erzielen sie Wirkung unter den Anhängern der größeren Parteien, die dann mit Anpassungsstrategien – siehe Mindestlohn – reagieren, worauf den »kleinen Parteien« nur bleibt, mit der Suche nach neuen Wirkungsfeldern zu antworten.

Die größten Veränderungen gab es im Lager der »bürgerlichen« Parteien. Die Verluste der FDP unterstreichen deren Niederlage bei der Bundestagswahl. Sie wird es schwer haben, aus dem 2-3% Ghetto wieder herauszukommen. Auf der anderen Seite feiert die Alternative für Deutschland (AfD) ihren ersten Wahlerfolg. Sie erhält Proteststimmen und Stimmen aus den nationalliberal-konservativen, eher kleinbürgerlichen Milieus. In der Mehrheit handelt es sich um parteipolitisch heimatlose wirtschaftsliberale und wertkonservative Wähler/-innengruppen. Sie vertrauten darauf, dass die eigene Leistungsfähigkeit im europäischen Marktwettbewerb belohnt wird und sehen durch die herrschende EU-Politik ihre auf den Wettbewerbsgedanken gestützten Ordnungsvor-

stellungen bedroht. Die parteipolitisch heimatlosen Wähler/-innen docken derzeit am National- und Wettbewerbspopulismus der AfD an. Ob daraus eine stabile Verbindung entstehen kann, ist derzeit dennoch offen – auch ein möglicher Einzug der AfD im Herbst in die Landtage in Thüringen und Sachsen, letzteres ist erneut eine Hochburg der Partei, ändert an dieser Unbestimmtheit nichts. Neben der AfD ziehen eine Reihe von weiteren kleinen Parteien, voraussichtlich sechs, mit je einem Abgeordneten ins neue EP ein. Möglich ist dies durch den Wegfall der Sperrklausel durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Dass auch die neofaschistische Partei einen Abgeordneten in das Europaparlament entsenden und die Gruppe der extremen Rechten im Brüsseler Parlament verstärken kann, ist höchst bedauerlich.

Das Wahlergebnis in Deutschland war, wie in anderen Ländern auch, vor allem ein nationales Wahlergebnis. Es wurde bestimmt von der Frage, wie es um die Politik in Deutschland steht und erst dann von der Frage, welche Vertreter aus Deutschland deutsche Interessen in Europa vertreten sollen. Europäische Interessen oder Ideen davon, was gut wäre für die weitere europäische Integration zu einem demokratischen, sozialen Europa, spielten allenfalls eine Nebenrolle im Wahlkampf.

Das Wahlergebnis zeigt den europäischen Partnerstaaten, dass die politischen Machtverhältnisse in Deutschland stabil sind. Die rechten und nationalpopulistischen Parteien sind vorhanden, aber bleiben klein. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich und Großbritannien, in denen die »Rechtspopulisten« zur stärksten Partei



wurden und somit einen erheblichen Druck auf die Politik der nationalen Regierungen im Land und im EU-Ministerrat ausüben könnten, wird das in Deutschland insgesamt nicht der Fall sein. Allerdings ist zu erwarten, dass aus der CSU weiter Druck aufgebaut werden wird, um die Migrations- und Sozialpolitik wieder stärker zu nationalisieren.

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juni Geburtstag haben. 

## Erfolgreicher Wahlantritt in Halle

Zur Stadtratswahl erzielte DIE LINKE Halle einen Zuwachs von 5.226 Stimmen und erreichte einen Stimmenanteil von 25,08%, der Vorsprung, den die CDU 2009 noch hatte, ist auf 90 Stimmen geschrumpft. Die neue Stadtratsfraktion wird weiter 14 Mitglieder haben, von denen 7 Frauen sind, 6 neue Stadträt\_innen werden die Arbeit der Fraktion stärken. Schaut man aufs Wahlergebnis, dann zeigt es sich, dass wir mit unseren Kandidat\_innen überzeugen konnten. Von den 290 angetretenen Kandidierenden lagen unsere Bewerber\_innen allesamt in der vorderen Hälfte. Die Einzelergebnisse zeigen auch, dass jeder Kandidat mit einem guten Stimmen-

anteil überzeugen konnte. Es kommt für die neue Stadtratsfraktion darauf an, auch die Nichtgewählten in ihre Arbeit einzubeziehen und die Kompetenzen für sich nutzbar zu machen.

Die neue Fraktion hat sich bereits am 26. Mai konstituiert, zum Vorsitzenden wurde einstimmig Dr. Bodo Meerheim wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Elisabeth Nagel und Hendrik Lange bestimmt. In den nächsten Ausgaben des Linken Blatte werden wir die neu gewählten Stadträt\_innen näher vorstellen.

Der Stadtvorstand dankt allen, die im Wahlkampf aktiv mitgewirkt haben. Ohne einen funktionierenden Stadtverband, mit vielen en-

gagierten Genossinnen und Genossen, wäre ein solches Wahlergebnis nicht möglich gewesen.

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 400 Exemplare

#### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
05.06.2014  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 19.06.2014

## Gesamtwahlergebnis in Halle

	1	2	3	4	5	Halle
Wahlberechtigte	38.096	40.387	36.495	37.886	41.350	194.214
Wähler	12.799	19.951	17.722	15.237	14.153	79.862
Wahlbeteiligung	33,60%	49,40%	48,56%	40,22%	34,23%	41,12%
davon Briefwähler	2.798	4.663	4.002	3.897	2.987	18.347
in % der Wahlberechtigten	7,34%	11,55%	10,97%	10,29%	7,22%	9,45%
in % der Wähler	21,86%	23,37%	22,58%	25,58%	21,11%	22,97%
<b>Gesamtstimmen</b>	<b>34.907</b>	<b>58.057</b>	<b>51.493</b>	<b>44.132</b>	<b>38.772</b>	<b>227.361</b>
CDU	7.371	14.739	12.871	11.353	10.788	57.122
	21,1%	25,4%	25,0%	25,7%	27,8%	25,1%
LINKE	12.437	12.208	10.092	10.277	12.004	57.018
	35,6%	21,0%	19,6%	23,3%	31,0%	25,1%
SPD	6.710	9.566	12.346	7.753	7.135	43.510
	19,2%	16,5%	24,0%	17,6%	18,4%	19,1%
Grüne	1.433	6.624	6.969	6.029	1.794	22.849
	4,1%	11,4%	13,5%	13,7%	4,6%	10,0%
FDP	2.174	2.832	1.566	1.691	1.362	9.625
	6,2%	4,9%	3,0%	3,8%	3,5%	4,2%
MitBürger	1.245	5.268	2.962	1.786	1.470	12.731
	3,6%	9,1%	5,8%	4,0%	3,8%	5,6%
NPD	750	488	356	454	727	2.775
	2,1%	0,8%	0,7%	1,0%	1,9%	1,2%
AfD	2.391	2.073	1.775	1.929	2.234	10.402
	6,8%	3,6%	3,4%	4,4%	5,8%	4,6%
Freie Wähler				659	893	1.552
				1,5%	2,3%	0,7%
Neues Forum	396	984	1.467	844	365	4.056
	1,1%	1,7%	2,8%	1,9%	0,9%	1,8%
Die Partei		889	1.089			1.978
	0,0%	1,5%	2,1%	0,0%	0,0%	0,9%
Einzelbewerber		2.386		1.357		3.743
		4,1%		3,1%		1,6%

## Linkes Blatt für Halle Seite - 6 - / 2. Juniausgabe

WB	Platz*	Name	Stimmen	WB	Platz*	Name	Stimmen
2	4	Dr. Meerheim, Bodo	7.385	1	38	Schlüter-Gerboth, Frigga	1.516
5	5	Haupt, Ute	6.031	5	42	Müller, Katja	1.340
1	8	Lange, Hendrik	4.266	5	45	Rösler, Frank	1.244
3	9	Schramm, Rudenz	3.922	4	46	Krause, Hans-Jürgen	1.240
1	12	Dr. Bartsch, Erwin	3.296	4	49	Böttcher, Marianne	1.147
4	15	Nagel, Elisabeth	2.726	2	50	Kieslich, Marcel	1.137
5	18	Krischok, Marion	2.646	2	55	Gernhardt, Dirk	1.072
3	24	Knöchel, Swen	2.005	3	63	Mohamad, Mamad	991
2	27	Krimmling-Schoeffler, Anja	1.848	3	66	Krimmling, Renate	966
3	30	Heinemann, Sarah	1.799	1	70	Möbus, Daniel	910
4	31	Jahn, Josephine	1.742	1	79	Deuerling-Kalsow, Heike	775
4	32	Trömel, René	1.718	2	81	Kirchert, Christian	766
4	33	Meerheim, Sten	1.704	5	86	Röttschke, Jan	743
1	34	Plath, Manuela	1.674	3	143	Lübbers, Henning	409

\* Rangplatz unter den insgesamt 290 Kandidierenden

## Aus der letzten Stadtratssitzung vom 28.05.2014

Es war schon irgendwie eine eigenartige Situation. Ein neuer Stadtrat ist gewählt, doch der „alte“ tagt noch einmal (im Juni übrigens noch einmal).

Zunächst werden wieder einige Vorlagen von der Tagesordnung genommen, die Gründe waren unterschiedlich. Manche müssen noch einmal in den Ausschüssen diskutiert werden, andere sind von der Verwaltung abgesetzt worden. So gehörten u.a. der „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)“, die „Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung zur Stadtmarketing Halle GmbH“ dazu und einige Anträge

Im Bericht des Oberbürgermeisters informierte er u. a. über die zügige Arbeit einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Konzeptes zum MMZ, über die Ablehnung zum Abriss des Künstlerhauses 188, über die Planungen zur Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung, über den vom Land Sachsen-Anhalt zugeschickten Vertragsentwurf zum Vertrag mit dem Land zur Theater, Oper und Orchester GmbH und zu den Einsparungen der UNI, die vom Land vorgesehen sind.

Beschlossen wurde ein Engagement-Beirat. Dieser Beirat – bestehend aus 15 Mitgliedern – soll entscheiden, wer für sein Engagement eine „Engagement-Karte“ erhält. Mit dieser Karte sollen ehrenamtlich Engagierte z. B. Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen als Dankeschön erhalten. Wir wollten als Gegenpol zum Arbeitskreis Christlicher Kirchen die Humanisten in diesem Beirat sehen. Der Antrag wurde aber abgelehnt.

Ohne Diskussion ging der Jahresabschluss 2012 der Stadion Halle Betriebs GmbH „über die Bühne“. Das lag sicher auch daran, weil das Jahresergebnis bei +/- Null liegt! Wieder gab es Entscheidungen zu treffen, die BürgerInnen im Rahmen des sogenannten Bürgerhaushaltes eingebracht haben. Der Antrag, dass Wirte für das Aufstellen von Freisitzen zwischen 2 und 4 Euro pro m<sup>2</sup> und Monat zu zahlen haben, wurde abgelehnt durch den Stadtrat, auch mit unseren Stimmen. Ein Vorschlag, der die Sanierung des Radweges im Böllberger Weg betraf, fand eine Mehrheit im Rahmen einer neuen Radverkehrsanlage, die für dieses Gebiet sowie-

so geplant ist. Die Einrichtung von Einbahnstraßen im Wohngebiet zwischen Willy-Brandt-Straße und Pfännerhöhe – ebenfalls ein Bürgerantrag – fand keine Zustimmung. Ein Thema, was immer wieder aktuell ist, sind Bänke an Haltestellen. Ein Bürgerantrag stellte dieses Thema wieder dar und forderte an jeder Haltestelle eine Bank. Die Stadt nahm den Gedanken auf und wollte dem Rat vorschlagen, durch die Nutzung von finanziellen Möglichkeiten des Regionalisierungsgesetzes in den nächsten vier Jahren alle Haltestellen mit mehr als 50 Einsteigern pro Tag mit Bänken auszurüsten. Als Fraktion stellten wir den Antrag, an allen Haltestellen Bänke aufzustellen und argumentierten, dass es vor allem ältere BürgerInnen sind, die z.B. in den Randlagen wohnen und auf den ÖPNV angewiesen sind, sie wären sonst diskriminiert. Unser Antrag wurde mehrheitlich angenommen! Nun werden wir also in regelmäßigen Abständen nach der Aufstellung der Bänke fragen!

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, das neue HFC-Leistungszentrum für den Fußball-Nach-

wuchs auf der Silberhöhe zu errichten. Das ehemalige Leistungszentrum auf der Peißnitz ging in den Fluten des vergangenen Jahres unter. Das neue Zentrum soll nicht wieder im „Gefahrengebiet“ entstehen. Der endgültige Baubeschluss für dieses Vorhaben muss noch in den Rat.

Beschlossen werden sollte die Bildung eines Hochwasserschutzbeirates. Da es aber noch Probleme zur Abstimmung mit den Vertretern gäbe, wurde diese Vorlage in den Ausschuss für Ordnung und Umwelt verwiesen.

Unser Antrag, alle Erhaltungssatzungen auf die Notwendigkeit ihres Weiterbestehens zu prüfen, wurde mehrheitlich vom Stadtrat abgelehnt. Bodo Meerheim argumentierte, dass ein Großteil dieser Satzungen auf ihre Sinnhaftigkeit zu prüfen seien, weil ein großer Teil der Satzungen im Rahmen des Investitionserleichterungsgesetzes aufgestellt wurde und diese Bedingungen nicht mehr so gelten.

Mit großer Mehrheit wurde der Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen zugestimmt. Der Antrag bekam auch unsere Stimmen.

Der von uns eingebrachte Antrag „Beitritt der Stadt Halle (Saale) in das Dual Career Netzwerk Mitteldeutschland“ sowie der Antrag zur Aufwertung der Gesamtanlagen um den Taubenbrunnen in Halle-Neustadt wurde in die Fachausschüsse verwiesen. Diesen Verlauf nimmt auch der gemeinsame Antrag von SPD, GRÜNE und unserer Fraktion „Halle wird Fairtrade-Stadt“.

Unsere Fraktion hatte im Vorfeld der Stadtratssitzung eine Anfrage an den OB gestellt, die sich auf das zu späte Reagieren auf die Stellungnahme zur Hochschulstrukturplanung bezog. Der OB räumte ein,

dass es ein „Büroversehen“ gab. Der OB erklärte später, dass auch die Verwaltungsstrukturen der UNI überprüft werden müssen. Bertolt

Marquardt antwortete, dass er zu tiefst betroffen sei von den Antworten des OB.

Ute Haupt, Stadträtin

## **DIE LINKE Halle zieht um:**

Ab 01.07.2014 ist die Geschäftsstelle in der Leitergasse 4 (Zugang über die Geiststraße).

Für Donnerstag, den 10.07.2014 ist die feierliche Einweihung der Räume geplant, die Basisberatung Juli findet ebenfalls dort statt.

**Neue Wette: Schaffen wir auch 2000 Friedenstauben an die Autos?**

## **Wette gewonnen: 1000 Tauben leuchten. 1000 Euros für Kubas Kinder. Aber: Kein Sieger-Kuss...**

Die Kriegs-Aggressionen in der Ukraine gehen weiter. Und auch unsere Angst. Also müssen wir auch weiter Flagge zeigen – für den Frieden. Und das geht – in bescheidenem Maße – auch mit blauen Friedenstauben. Das zeigt auch deutlich meine Friedenstauben-Wette. Die Wette ist gewonnen – über 1000 Friedenstauben leuchten schon an unseren Autos.

Und meine bekannte Wettpartnerin, die Unternehmerin mit dem linken Herzen, ist darüber sehr, sehr erfreut. Und sie hat umgehend ihren Wetteinsatz, die 1000 Euro für Kubas Kinder „rübergeschoben“. Aber dann: Bei früheren Wettten kam dann immer ein „Sieger-Kuss“. Aber diesmal kam aus ihrem Mund: „Klaus, du willst doch wohl jetzt nicht aufhören. Diese Aktion läuft doch großartig. Laß uns doch wetten, daß Du auch 2000 Friedenstauben fliegen lassen kannst. Und es bleibt dabei. Für jedes Täubchen spende ich dann 1 Euro für Kubas Kinder. Und dann bekommst Du auch den Sieger-Kuss...“

Ich hab' erst mal geschluckt. Und hin- und herüberlegt. Auch ein paar Freunde gefragt (so auch von Cuba Si in Berlin) und dann habe ich meiner Wettpartnerin eine Zusage gegeben. Und ehrlich gesagt: Ich glaube auch, daß ich – mit Eurer Hilfe – die neuerliche Wette schaffen werde. Denn täglich gehen neue Bestellungen ein. Konkret liege ich jetzt bei 1400 versandten Friedenstauben. Also heißt es jetzt wieder: Wir verändern – mit blauen Friedenstauben – unser Land. Und wie immer: Bestellungen (gegen ,nen Euro pro Täubchen) an: Klaus H. Jann, Düsseler Straße 16, 42489 Wülfrath – [www.linksdemokraten.de](http://www.linksdemokraten.de)

Bitte macht weiter mit... **Euer Klaus H. Jann**

Die Kriegs-Aggressionen in der Ukraine gehen - trotz der Präsidentschaftswahl - weiter. Und also geht auch meine Friedenstauben-Aktion (Wette) weiter. Meine Wettpartnerin und ich haben jetzt gewettet, daß es mir gelingt, mindestens 2000 Auto mit so einer blauen Friedenstaube zu schmücken. Denn immer mehr Leute fragen sich: Kann man denn gar nichts gegen dieses Kriegsgerassel tun? Doch man kann. Man kann öffentlich - mit so einem Täubchen - zeigen, daß wir Frieden wollen. Und deshalb geht die Aktion weiter. Deshalb auch meine Frage an alle Freunde und Genossen: Hast Du schon eine Friedenstaube an Deinem Auto (oder wie die LINKE-Parteivorsitzende Katja Kipping an ihrem Fahrrad) ?

Danke Klaus H. Jann

## Merseburg stellt sich quer! 2014

### Neonazis am 21. Juni 2014 keinen Raum geben!

Neonazis in der Region instrumentalisieren seit vielen Jahren das Gedenken an die Ereignisse des 17. Juni 1953. Sie phantasieren sich in die Rolle vermeintlicher Freiheitskämpfer und reklamieren das Erbe des Arbeiteraufstands in der DDR für sich. Das ist in vielfacher Weise absurd. Historisch, aber auch mit Blick auf ihre politische Ideologie. Während im Jahr 1953 die Menschen in der DDR für Demokratie, Meinungsfreiheit und gegen wirtschaftliche und soziale Zumutungen auf die Straße gingen, stehen Nazis für Diktatur, Terror und die Abschaffung aller demokratischen Freiheiten.



gierung ihrer menschenverachtenden Inhalte. Sonst nichts.

Besonders nach den rassistischen Angriffen Ende Februar und Anfang März 2014 ist für uns uner-

Rechts zusammengefounden.

So bunt und vielschichtig unser Bündnis ist, so entschlossen und wirksam wollen wir uns den Vertretern der Naziideologie widersetzen und dafür alle geeigneten und friedlichen Protest- und Aktionsformen nutzen!

Aufruf unterzeichnen: [kontakt@merseburg-gegen-rechts.de](mailto:kontakt@merseburg-gegen-rechts.de)

<http://merseburggegenrechts.wordpress.com/merseburg-stellt-sich-quer-2014/>

Seitdem die Nazis in Halle ihre Aktivitäten zum 17. Juni nicht mehr durchführen konnten, weil ihnen dort friedlicher Widerstand wirksam entgegentrat, haben sie ihre Aktivitäten ins benachbarte Merseburg verlagert. Hier finden seit 2011 in zeitlicher Nähe zum 17. Juni Demonstrationen statt. Auch wenn die Zahlen der Teilnehmerinnen und Teilnehmerschwanken, ist dieser Aufmarsch in den vergangenen drei Jahren zu einem festen Termin für neonazistische Gruppen in der Region geworden.

Der Aufmarsch der Nazis ist kein Gedenken an den 17. Juni 1953. Er dient ausschließlich der Verklärung des Nationalsozialismus und der gezielten Besetzung des öffentlichen Raums. Er dient der Stärkung des Gruppengefühls der Nazis, zur Demonstration von Macht auf der Straße und der Propa-

träglich, diejenigen, die für diese Angriffe Verantwortung tragen, erneut durch Merseburg marschieren zu sehen. Wir haben genug von Nazis und Rassisten!

Wir werden uns den Nazis immer wieder entgegenstellen. Dafür braucht es gemeinsam getragene, vielfältige und kreative Formen des Engagements. Seit vielen Jahren engagieren sich in unserer Stadt Menschen aus Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen gegen die Aufmärsche. Sie haben sich insbesondere im Merseburger Bündnis gegen

Wir rufen dazu auf, am 21. Juni 2014 an verschiedensten Protesten gegen den Naziaufmarsch teilzunehmen. Wir wollen vielfältig, und kreativ protestieren – gegen Menschenverachtung, Rassismus und Geschichtsrevisionismus. Als Merseburger Bündnis gegen Rechts werden wir Anlauf- und Protestorte für den friedlichen Widerstand gegen Nazis schaffen. Wir werden Nazis in Merseburg keinen Raum geben.

Lasst uns zusammen Naziaufmärsche in Merseburg ein für alle Mal beenden!

#### Basistreffen BO Riebeckplatz/Hofjäger

am 11. Juni 2014 ab 16 Uhr im Kartoffelhaus,  
Willy-Brandt-Straße 44

#### 8. Juni, 17 Uhr Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen

diskutiert über die Ergebnisse der Wahlen zum Stadtrat und zum Europaparlament im Cafe-Bistro des mdr Funkhauses.



## Für Frieden und Deeskalation in der Ukraine

Zu den in den vergangenen Wochen in verschiedenen Städten, darunter auch in Halle, stattfindenden „Montagsdemonstrationen“ bezog der Parteivorstand in seiner Sitzung am 26. Mai Stellung.

1. DIE LINKE unterstützt mit allem Engagement die Aktivitäten der Friedensbewegung und der antimilitaristischen Initiativen gegen Krieg und jede weitere Eskalation des Konflikts in der Ukraine. DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die sich aus Sorge um eine weitere Eskalation im Ukraine-Konflikt friedenspolitisch engagieren und ihren Protest auf die Straße tragen. Deshalb unterstützen wir jeden Ansatz für Antikriegsbündnisse und Zusammenarbeit mit Basisinitiativen, Friedensgruppen und anderen demokratischen Kräften, um dem Friedenswillen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Gemeinsam mit der Friedensbewegung rufen wir dazu auf, am 31. Mai auf die Straße zu gehen und für eine friedliche Lösung in der Ukraine zu demonstrieren. Grundlage unserer Aktivitäten ist unser Beschluss vom letzten Bundesparteitag. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Ukraine wird noch lange anhalten und damit auch die Kriegsgefahr. Der Parteivorstand berät mit den Landes- und Kreisverbänden bundesweite Aktionstage für eine friedliche Lösung der Ukraine-Krise, gegen Rüstungsexporte und für die Demilitarisierung der deutschen und EU-Außenpolitik. Ein Schwerpunkt dabei soll auf dem 1. September, dem Anti-Kriegstag liegen.

2. DIE LINKE distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und

Antisemiten, die die Sorge vor Krieg und Eskalation zum Anlass nehmen, um auf „Montagsmahnwachen“ oder „Montagsdemonstrationen“ rechtspopulistische Welterklärungsmuster und „Querfront“-Strategien salonfähig zu machen. Waren viele Redebeiträge zwar ob ihrer kruden Rhetorik und Thematik verstörend, so sind wir doch nicht der Meinung, alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Demonstrationen aufgrund einzelner Stimmen verurteilen zu können. DIE LINKE wird mit diesen Kräften ganz grundsätzlich nicht zusammenarbeiten. Was als „überparteilich“ dargestellt wird, ist am Ende nicht selten die Propagierung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Homo-/Transfeindlichkeit. Das lehnen wir ohne

Wenn und Aber ab.

3. DIE LINKE wird alles unternehmen, um durch Aufklärung und Informationsarbeit auf den rechtspopulistischen Charakter dieser Veranstaltungen und der Rhetorik der Organisatoren der „Montagsdemonstrationen“ hinzuweisen. Anstatt der Verklärung und Verwischung der existierenden Widersprüche in unserer Gesellschaft den Boden zu bereiten, setzen wir auf einen klaren Trennungsstrich gegenüber den unter „Kapitalismuskritik“ firmierenden rechten und neurechten Ideologien. Diese sind letztlich nichts anderes als die Konstituierung von „Sündenböcken“ in der Rhetorik der Kapitalistenkritik, die auch im rechten und nationalistischen Diskurs eine lange Tradition hat.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e. V.

**11.06.2014 Beginn 18 Uhr**

### **Olympia Berlin 1936 - nur Spiele der Nazis?**

Der Vortrag behandelt das wohl umstrittenste sportpolitische Ereignis des 20. Jahrhunderts: die Olympischen Sommerspiele in Berlin 1936. Diese waren eine gigantische Propagandashow des Nazi-Regimes. Sie bleiben verbunden mit der gescheiterten Boykottbewegung, mit einer beispiellosen Instrumentalisierung des sportlichen Wettstreits durch ein rassistisches Regime und mit der unterstützenden Rolle internationaler Sportführer. Aber die Spiele waren mehr als das: Schwarze Sportler, besonders Jesse Owens, wurden zu Helden der Spiele, die zum Markstein im Kollektivbewusstsein der Afroamerikaner wurden. Doch auch jüdische Olympiasieger zeigten sich der Welt als Gewinner, nicht als in der ihnen durch die Nazis zugelegten Rolle der Verlierer.

Der Vortrag behandelt auch das internationale, besonders das amerikanische Presseecho auf die Spiele sowie die Stellungnahmen im deutschen antifaschistischen Exil.

Mit Prof. Dr. Mario Kessler (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam)

**Achtung - veränderter Veranstaltungsort:**

Martin-Luther-Universität, Melanchthonianum, HS XVII,

Uniplatz, 06108 Halle

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT: RLS REGIONALBÜRO Halle, Blumenstr. 16, 06108 Halle

TEL/Fax: 0345-2025594, email: gs-halle@rosaluxsa.de

## In Berlin - und (H)alle dabei [5]

von Petra Sitte

In Sachsen-Anhalt bestreiten etwa 13.200 Studierende und gut 8.300 Schülerinnen und Schüler zumindest einen Teil ihres Lebensunterhaltes durch das BAföG. Es ist gut und richtig, dass die Finanzierung der Ausbildung in Deutschland, anders als in vielen anderen Industriestaaten, nicht vollends als Privatsache behandelt wird. Allerdings gibt es auch in Bezug auf die „Berufsausbildungsförderung“ einiges zu beanstanden, wie mittlerweile sogar die Bundesregierung erkannt hat. Was CDU-Bildungsministerin Johanna Wanka als „strukturelle und substanzielle Reform“ ankündigt, ist jedoch alles andere als ein großer Wurf. Dass die großen strukturellen Defizite des BAföG angegangen werden - damit hatte ich allerdings ohnehin nicht gerechnet. Wie eine tatsächlich solidarische und ausreichende Ausbildungsförderung aussehen müsste, kann man in unserem Antrag nachlesen, den wir im Februar in den Bundestag eingebracht haben. Um hier nur einige Stichworte zu nennen: Das BAföG soll wieder als Vollzuschuss ohne Darlehensanteil ausgezahlt werden; denn in der bisherigen Struktur verlassen viele junge Menschen die berufliche oder universitäre Ausbildung mit einem Schuldenberg von bis zu 10.000 € - ein hoher, unnötiger Ballast für den Einstieg ins Berufsleben. Die Altersgrenzen für die Förderung von 30 bzw. 35 Jahren gehören ebenso abgeschafft wie die rigide Festlegung der Förderhöchstdauer. Letzteres ist an Albernheit wirklich kaum zu überbieten: Der Sinn der ganzen

Bologna-Reformen sollte eigentlich sein, Studieninhalte und -formen europaweit zu öffnen und zu vernetzen. Stattdessen wird sich in Deutschland heute meist stur nach einer Struktur gerichtet: 3 Jahre Bachelor, 2 Jahre Master-Studium. Wer im Ausland studieren will oder Praktika macht, riskiert die Überschreitung der Förderhöchstdauer und damit einen bedeutenden Teil seines Lebensunterhalts. Denn im Prinzip legt der BAföG-Bezug für viele faktisch fest, wie lang sie für Studium oder Ausbildung brauchen dürfen. Der gesunde Menschenverstand macht in diesem Fall doch deutlich, dass sich die Förderhöchstdauer nach der durchschnittlichen Studienzeit im jeweiligen Fach richten sollte, und nicht nach administrativen Vorgaben.

Eine der wichtigsten Forderungen ist aber, dass sich die BAföG-Sätze am tatsächlichen Bedarf für Lebensunterhalt und Ausbildungskosten orientieren müssen. Bisher wird alle paar Jahre der „Gesamtbefehl eines nicht bei den Eltern wohnenden Studenten“ bzw. Schülers ermittelt und bildet als Höchstbetrag die Orientierung für alle BAföG-Berechnungen. Der aktuelle Höchstbetrag von 670 Euro/Monat wurde 2010 ermittelt und war schon damals zu niedrig. Seitdem erleben wir aber stetig steigende Lebenshaltungskosten. Bereits im Januar 2012 hat ein von der damaligen Bundesregierung eingesetzter Beirat erklärt, dass ein Inflationsausgleich von fünf bis sechs Prozent nötig sei. Passiert ist nichts. Eine Untersuchung hat ergeben, dass die für die BAföG-Berech-

nung herangezogene Pauschale für Miete und Nebenkosten von 224 Euro in 54 von 55 Hochschulen nicht ausreicht. Auch in Halle liegt der durchschnittliche Mietspiegel über diesem Betrag. Passiert ist wiederum nichts. Dass die BAföG-Sätze zum Wintersemester 2016/2017 steigen sollen, hilft weder der jetzigen noch der künftigen Generation von Studierenden und Auszubildenden. Denn erstens widerspricht der erneute Aufschub sogar den Expertinnen und Experten der Regierung und zweitens wäre die Einführung eines grundlegend anderen Mechanismus sinnvoll: eine inflationsbedingte jährliche Anpassung der BAföG-Sätze. Allerdings würde die Regierung eine Möglichkeit für Wahlgeschenke verlieren. Denn dass die Anpassung der BAföG-Sätze just im Jahr vor der nächsten regulären Bundestagswahl geschehen soll, ist allein inhaltlich nicht erklärbar.

Ein Schritt in die richtige Richtung ist die beschlossene komplette Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund. Aber: Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung sich nicht aus ihrer bildungspolitischen Verantwortung stehlen will, indem sie den Bundesländern ca. 1,17 Milliarden Euro BAföG-Mittel „erlässt“. Mit gestaltender Bildungs- und Wissenschaftspolitik hat das nämlich wahrlich nur am Rande zu tun. Und Herrn Bullerjahn und allen anderen Finanzministern sei schon jetzt gesagt: Die Entlastung der Länderfinanzen beim BAföG muss der Bildung und Forschung an anderer Stelle zu Gute kommen, sie ist nicht zum Schuldenabbau gedacht!

## **DIE LINKE: Energiewende mit Sozialsiegel**

*Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, und der brandenburgische Justizminister und stellvertretende Ministerpräsident Helmuth Markov (DIE LINKE), haben heute in Potsdam Eckpunkte für eine linke Energiepolitik vorgestellt. Wir dokumentieren die Statements von Katja Kipping und Helmuth Markov:*

Statement der Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping: „Der Parteivorstand und auch der Bundesausschuss der LINKEN haben in dieser Woche die Position des Bundestagswahlprogramms noch einmal bekräftigt, in dem DIE LINKE den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung, das Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken und für den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen fordert. Das letzte Kohlekraftwerk soll bis spätestens 2040 vom Netz gehen. Wir begrüßen, dass DIE LINKE Bundestagsfraktion ein Kohleausstiegsgesetz vorbereitet. Dafür streitet DIE LINKE im Bund und in den Ländern für parlamentarische und gesellschaftliche Mehrheiten.

Wir wollen eine Energiewende mit Sozialsiegel, eine Energie-wende, die sozial, ökologisch und demokratisch ist. Sozial, um eine gerechtere Verteilung der Kosten zu erzielen. Ökologisch, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Demokratisch, um die Marktmacht der großen Energiekonzerne zu brechen und mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. DIE LINKE will den Anstieg der Strompreise in den Griff bekommen, ohne den Ausbau der Erneuerbaren zu gefährden. Dafür machen wir sehr konkrete Umsetzungsvorschläge. Dafür kämpfen wir in der Gesellschaft und im Bundestag um Mehrheiten. Solch zentrale Fragen wie Neuaufschlüsse von Tagebauen sollten künftig bundesweit zum Gegenstand von Volksentscheiden werden. In Brandenburg regiert mit der LINKEN seit 2009 erstmals eine Partei, die mit der Energiestrategie den Durchbruch der Erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht hat. Das hat den Kompass der Brandenburger Energiepolitik verändert. Unter Rot-Rot hat Brandenburg den Erneuerbaren Energien Vorrang eingeräumt, der Braunkohle ihre Ewigkeitsgarantie genommen und sich klar für den Atomausstieg eingesetzt. Als Regierungspartei in Brandenburg ist DIE LINKE seit 2009 zugleich besonders herausgefordert, den Prozess mit zu gestalten, der die Energiewende zum Ziel führen soll.

Gemeinsam kämpfen wir für den Erhalt von Dörfern und Heimatstrukturen und für eine Beschleunigung der Energiewende. Wir kämpfen auf Bundesebene um

Mehrheiten gegen die Kohle, gegen ein Ausbremsen der Energiewende und für eine EEG-Reform, die den Umstieg fördert. Wir sind die Partei, die als erste in dieser Woche dem Bundestag Eckpunkte für ein Kohleausstiegsgesetz vorlegt. In den Ländern kämpfen wir dafür, dass die Kohle-Bagger spätestens ab 2040 nur noch im Museum stehen, je stärker DIE LINKE wird, desto schneller! Das gilt in Berlin und in Potsdam.“

Statement Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident von Brandenburg, Helmuth Markov: „DIE LINKE. Brandenburg hält an ihrer Zielstellung fest, bis zum Jahr 2040 aus der Braunkohleverstromung auszusteigen. Die Landesregierung wird auf ihrer auswärtigen Sitzung am 03. Juni 2014 in Herzberg (Elbe-Elster) den Braunkohlenplan Welzow-Süd, Teilabschnitt II, als Rechtsverordnung beschließen. Damit wird der Weg eröffnet, dass der Investor einen Rahmen- und anschließend einen Hauptbetriebsplan zur Genehmigung einreichen kann. Im anschließenden Genehmigungsverfahren werden sowohl die energie-wirtschaftliche Notwendigkeit überprüft als auch berg-rechtliche und strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen erfolgen. Dieser Prozess wird weitere Jahre andauern. Diese Gesamtüberprüfung vor der Inkraftsetzung des Rahmenbetriebsplanes ist eine direkte Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu Garzweiler II und damit geltendes Recht. Der Braunkohlenplan formuliert die Ziele und Grundsätze zu allen mit dem künftigen Tagebaugeschehen im Zusammenhang stehenden Belangen. Diese landes-planerischen Vorgaben sind im künftigen berg-rechtlichen Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen.

Wir haben mit der im Wirtschafts- und Europa-ministerium konzipierten und in einem breiten öffentlichen Prozess diskutierten Energiestrategie 2030 einen klaren Kompass für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft mit sicherem und preiswertem Strom - das ist der weitere Ausbau der regenerativen Energien. Dennoch bleibt Braunkohle, insbesondere auch nach dem deutschen Atomausstieg, der in den Neunzigerjahren in Brandenburg mit

der Schließung des Kraftwerks Rheinsberg begonnen hat, als Brücke in das Zeitalter erneuerbarer Energien unverzichtbar. Sie ist auch auf absehbare Zeit eine tragende Säule für Wirtschaft und Arbeit in der Lausitz. Der Beschluss ist für jedes einzelne Mitglied der Landesregierung keine einfache Entscheidung. Schließlich wird gravierend in die Belange der vom Bergbau Betroffenen eingegriffen. Dies war mit den Interessen der Allgemeinheit abzuwägen.

Der nahezu siebenjährige Planungsprozess ist intensiv, transparent und unter umfangreicher Beteiligung der Öffentlichkeit geführt worden. So gab es zwei öffentliche Beteiligungsverfahren, jeweils mit einer mehrtägigen Erörterung in den Messehallen Cottbus. Insbesondere das zweite Verfahren 2013/2014 hat mit mehr als 190.000 Einwendungen und Stellungnahmen zu einer großen Beteiligung von Gegnern und Befürwortern der Braunkohle geführt. Daneben hat die Gemeinsame Landesplanung als planführende Stelle unzählige Gespräche vor Ort geführt und in verschiedenen Bürgerversammlungen über das Braunkohlenplanverfahren informiert. Auch der Wirtschaftsminister, Ralf Christoffers und zahlreiche Mitglieder unserer Partei haben die Debatten vor Ort geführt und das Für und Wider abgewogen. Die Mitglieder des Braunkohlenausschusses des Landes Brandenburg haben sich in ihrer Sitzung am 28. April in den Messehallen Cottbus letztmalig mit dem Braunkohlenplanverfahren Welzow-Süd, TA II, befasst und mit einer klaren Mehrheit (mit 15 zu 8 der Stimmen) der Landesregierung empfohlen, den Braunkohlenplan als Rechtsverordnung zu erlassen.

Das Land Brandenburg wird auf der Grundlage einer den Braunkohlenplan flankierenden Vereinbarung mit dem Bergbautreibenden die weiteren Prozesse, insbesondere zum zentralen Aspekt der Sozialverträglichkeit (mögliche Umsiedlungen, Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe und sonstiger Gewerbetreibender, Gesamtbelange der Stadt Welzow) begleiten, kontrollieren und bewerten.

Die linken Mitglieder der Landesregierung verbinden ihre Zustimmung zu dem Braunkohleplan mit folgender Erklärung, die zu Protokoll der Kabinettsitzung gegeben wird:

„Für die Kabinettsmitglieder Anita Tack, Ralf Christoffers, Christian Görke und Dr. Helmuth Markov bleibt mit Blick auf die notwendige Energiewende und die beschlossenen Klimaziele der Ausstieg aus der

### **Nachruf**

Nach einem erfüllten Leben verstarb unser langjähriges Mitglied

**Genosse Manfred Wyrembek**

am 28. Mai 2014 im Alter von 81 Jahren.

Wir werden ihn in bester Erinnerung behalten.

BO Silberhöhe

Die Trauerfeier findet am 12. Juni 2014

um 10 Uhr in der

kleinen Feierhalle des Gertraudenfriedhofs statt.

Braunkohle bis zum Jahr 2040 ein notwendiges politisches Ziel. Bis dahin muss die stabile, bezahlbare Energieversorgung durch Erneuerbare Energien garantiert werden.

Wir verbinden unsere Zustimmung zum Braunkohleplan Tagebau Welzow-Süd, Weiterführung in den nächsten Teilabschnitt II und Änderung im Teilabschnitt I (Brandenburger Teil) mit der Erklärung, dass für uns die Umsetzung der Energiestrategie 2030 und der darin verankerte Ausbau der Erneuerbaren Energien und deren Systemintegration einschließlich innovativer Speicherlösungen als Voraussetzung für einen Systemwechsel bei der Energieversorgung Priorität bleibt.

Wir halten daran fest, dass die Energiestrategie 2030 im Jahre 2015 evaluiert wird und setzen uns dafür ein, aus dem Ergebnis der Evaluation die Bedingungen für einen Ausstieg aus der Braunkohle bis 2040 zu schaffen.

Der konzeptionell und strukturell bereits begonnene Strukturwandel in der Lausitz wird konsequent und gemeinsam mit den Lausitzern und Unternehmen vor Ort sowie weiteren Neuansiedlungswilligen fortgesetzt.

Wir bleiben bei unserer begründeten Erwartung, dass der Tagebau Jänschwalde Nord und/oder andere Tagebaue nicht mehr aufgeschlossen werden. Aus unserer Sicht bedarf es des Kraftwerksbaus Jänschwalde Nord nicht.

Zudem setzen wir darauf, dass im Rahmen des bergbaurechtlichen Verfahrens und im Zuge der vorgesehenen Evaluationen der Energiestrategie 2030 eine sorgsame Prüfung dahingehend erfolgt, dass die bislang vorgesehenen Ortschaften nicht in Anspruch genommen werden müssen